



BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5/6/7	Unter Freisinnigen	12	Lehrplan 21	14	Zukunftsstrategie	16/17
Aus der Fraktion	8/9	Digitaler Privatsphärenschutz	13	Kartellgesetz	15	Abstimmungen	19/20/21/22/23

3. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Baselland

Inhalt

Ciao, caro Fulvio!

Mit seinem unermüdlichen Einsatz für liberale Werte hat Fulvio Pelli die FDP und die Schweiz geprägt. Mit seinem Abschied von der nationalen Bühne geht ein ganz grosser Politiker. Neu wird Giovanni Merlini als sein Nachfolger die Interessen des Kantons Tessin in Bern vertreten.

Seiten 8 und 9

Mindestlohn bekämpft Armut nicht

Die Gewerkschaften wollen mit der Mindestlohninitiative ein staatliches Lohndiktat einführen. Damit machen sie die bewährte Sozialpartnerschaft und unser duales Bildungssystem zunichte. Bundesrat Johann Schneider-Ammann erläutert, warum ein Mindestlohn keine Armut bekämpft.

Seiten 20 und 21

Sicherheit dank starker Luftwaffe

Die Aargauer Nationalrätin und FDP-Sicherheitspolitikerin Corina Eichenberger erklärt die Bedeutung einer starken Luftwaffe für die Schweiz. Damit die Sicherheit unseres Landes auch in Zukunft gewährleistet bleibt, müssen die veralteten Tiger F-5 ersetzt werden. Ein Ja zum Gripen ist ein Ja zu einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik.

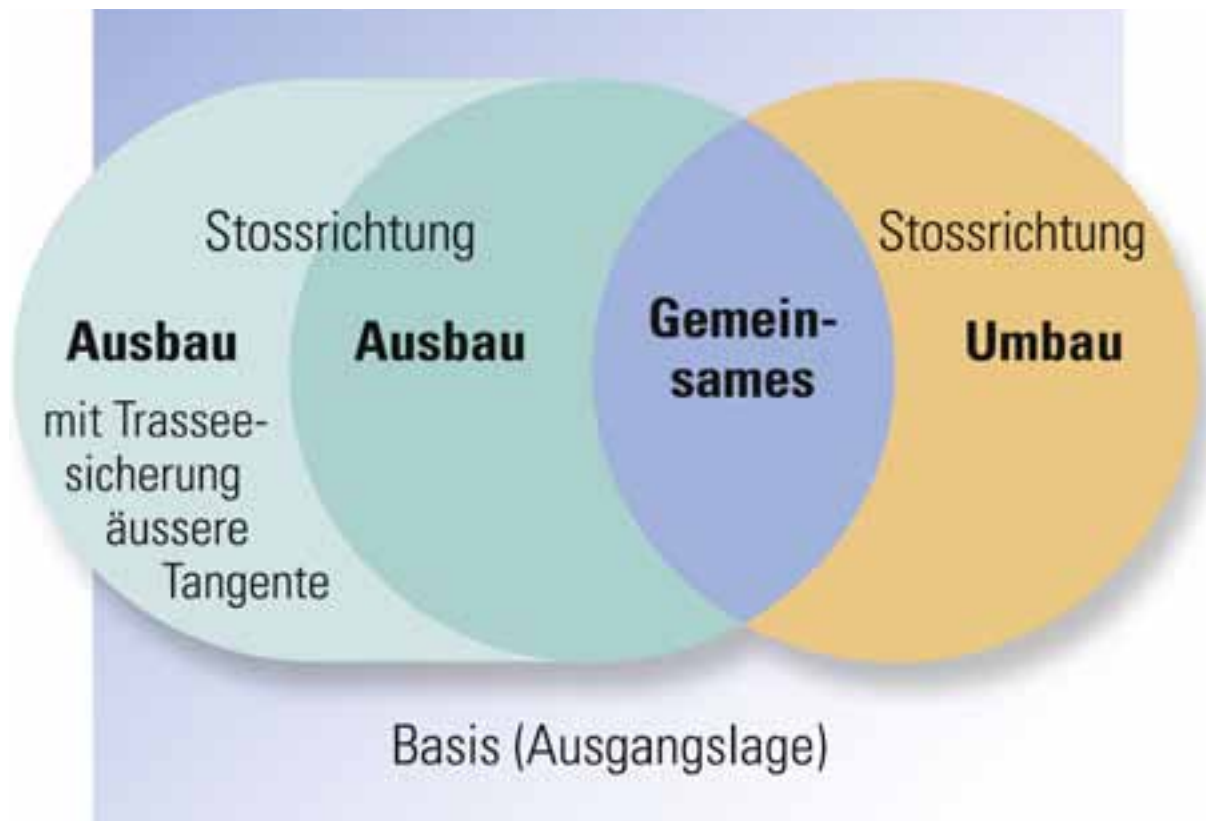
Seite 23

ELBA auf dem Weg zum Landratsbeschluss

Wie soll der Nordwesten des Kantons Basel-Landschaft in 20 oder in 40 Jahren aussehen? Wo wird es welche Entwicklung geben? Wie ergänzen sich Verkehr, Wohnen, Arbeiten und Land-

schaft? Antworten auf diese Fragen sind aus dem ELBA-Prozess hervorgegangen, der mittlerweile zu einer Landratsvorlage geführt hat. Diese trägt den Titel «Entwicklungsplanung Leimen-

tal–Birseck–Allschwil: Stossrichtungsentscheid und Planungs- und Projektierungskredit». Bis am 2. Juni 2014 läuft zu diesem Vorlageentwurf eine öffentliche Vernehmlassung.



Die Vorlage enthält drei Varianten. Allen gemeinsam ist, dass die Umsteigeknoten des Öffentlichen Verkehrs gestärkt werden sollen. Voraussichtlich noch im laufenden Jahr wird der Landrat die Vorlage beraten und darüber beschliessen.

GRAFIK: MAXIME JUILLERAT

Den Nordwesten des Baselbiets erschliessen, entwickeln und entlasten

Die steigenden Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung haben zunehmend zu Verkehrsüberlastungen geführt. Um die Verkehrssituation nachhaltig zu verbessern, legt der Regierungsrat dem Landrat das Projekt «Entwicklungsplanung Leimental – Birseck – Allschwil: Stossrichtungsentscheid und Planungs- und Projektierungskredit» vor. Zurzeit durchläuft das Geschäft die Phase der öffentlichen Vernehmlassung. Die Vorlage kann wahrscheinlich noch im laufenden Jahr an das Parlament überwiesen werden.

Sabine Pegoraro,
Regierungsrätin, Vorsteherin der
Bau- und Umweltschutzdirektion

Das peripher gelegene Allschwil ist heute verkehrstechnisch nicht mehr optimal erschlossen. Obwohl die Bevölkerungszahl stark gewachsen ist und sich zahlreiche neue Betriebe mit teils internationaler Ausstrahlung angesiedelt haben, hat sich an der Verkehrserschliessung seit den 1980er-Jahren kaum etwas geändert, geschweige denn verbessert. Ein direkter Anschluss an die Autobahn fehlt ebenso wie ein direkter Zugang zum S-Bahn-Netz. Neben dem gestiegenen Verkehrsaufkommen der Pendler (Ziel- und Quellverkehr) ist vor allem auch eine Zunahme des Transitverkehrs aus dem Raum Elsass/Leimental ins Birsig- und Birstal zu verzeichnen. Auch der Öffentliche Verkehr (ÖV) stösst immer mehr an seine Kapazitätsgrenzen. Mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Situation können sich aber nicht auf Allschwil beschränken, sondern müssen in einem weit grösseren Rahmen mit den umliegenden Gemeinden abgestimmt werden.

Entsprechend dem Auftrag aus dem Kantonalen Richtplan Basel-Landschaft von 2009 hat der Regierungsrat darum jetzt fristgerecht eine Landratsvorlage verabschiedet, mit der die Verkehrssituation im Nordwesten des Kantons nachhaltig verbessert werden soll, wobei die vorgeschlagenen Massnahmen sorgfältig mit der künftigen Siedlungsentwicklung abgestimmt sind.

Das ausgearbeitete Projekt «Entwicklungsplanung Leimental – Birseck – Allschwil» (ELBA) darf als Auftrag des Landrats im Zusammenhang mit der Südumfahrung Basel ge-



sehen werden. Mit ELBA ist die Verkehrssituation nun in einem grösseren Rahmen untersucht worden, das Projekt hat die verkehrliche und räumliche Entwicklung des nordwestlichen Kantonsteils gesamthaft, langfristig und grenzüberschreitend betrachtet. Der sogenannte Planungssperimeter (das untersuchte Gebiet) umfasst neben 14 Baselbieter Gemeinden auch Teile der Stadt Basel und je sechs Solothurner und Elsässer Gemeinden.

Richtungsentscheid zwischen Aus- und Umbau

In einem mehrstufigen Planungsverfahren mit breitem Einbezug der Bevölkerung und der erstmaligen Möglichkeit der E-Partizipation (Abgabe von Stellungnahmen via Internet) wurden schliesslich drei Projektvarianten entwickelt, die allesamt dem Landrat zum Entscheid unterbreitet werden sollen. Diese drei Varianten seien hier kurz zusammengefasst:

1. «Ausbau – neue Netzelemente»: Die Siedlungsentwicklung soll in Etappen vorgenommen werden. Ortszentren werden verkehrsberuhigt und aufgewertet, städtebauliche Impulse

werden vor allem bei ÖV-Knoten sichtbar. Im Strassen- und ÖV-Netz sollen verschiedene neue, kleinräumige Elemente realisiert werden. Eine Kernmassnahme dieser Variante 1 ist der Bau einer stadtnahen Strassentangente, die dichtes Siedlungsgebiet entlastet, aber nicht als Transitstrecke oder Alternative zur Autobahn in Frage kommt. Der Modalsplit (Verkehrsanteil von motorisiertem Individualverkehr, ÖV, Fuss- und Veloverkehr) bleibt unverändert.

2. «Ausbau inklusive Trasseesicherung äussere Tangente»: Weil Investitionen in Verkehrswege Wohlstand sichern und Betriebe auf gute Verkehrsverbindungen angewiesen sind, soll die Möglichkeit einer neuen Verbindung zwischen dem prosperierenden Allschwil und andern wichtigen regionalen Wirtschaftsräumen für kommende Generationen erhalten bleiben. Die Variante 2 ergänzt darum die Variante 1 mit der Trasseesicherung für eine äussere Tangente, die aus dem Raum Allschwil in den Raum Aesch führt. Der Regierungsrat empfiehlt dem Parlament, dieser Variante 2 zuzustimmen.

3. «Umbau – Weiterentwicklung bestehende Struktur»: Variante 3 sieht hauptsächlich die Nutzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur mit vereinzelt Anpassungen vor. Bauliche Entwicklung findet vor allem entlang von Hauptverkehrsachsen und bei Umsteigeknoten des ÖV statt. Der ÖV gewinnt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) an Bedeutung. Leistungsfähige Busse sollen das Angebot für den tangentialen Verkehr (quer zu den grossen Tälern) deutlich verbessern. Trams und Busse, aber auch der Fuss- und Veloverkehr, erhalten mehr Platz. Siedlungszentren werden aufgewertet und vom MIV entlastet.

Politische Würdigung

Das Projekt ELBA ist massgebend für die zukünftige Entwicklung im Leimental, im Birseck und im Raum Allschwil. In Allschwil selbst sorgt ELBA für eine Entlastung der staugeplagten Bevölkerung. Es stehen jetzt wichtige Entscheide an, mit denen die Weichen für die künftige Verkehrerschliessung und die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten gestellt werden.

ELBA nimmt auch das Anliegen der Volksinitiative «Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil» auf, die ich persönlich unterstütze.

Was den regierungsrätlichen Vorschlag betrifft, die Variante «Ausbau – neue Netzelemente» mit der Trasseesicherung für eine äussere Tangente zu ergänzen, gilt festzuhalten: Die Möglichkeit, zwei wichtige Wirtschaftsräume miteinander zu verbinden, muss bestehen bleiben. Wir dürfen den kommenden Generationen diese Option nicht verbauen.

Editorial von Christine Frey

Sitzgewinne bei den Landratswahlen sind das Ziel

Geschätzte Parteikolleginnen und Parteikollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Heute in einem Jahr sind die Landrats- und Regierungsratswahlen bereits Geschichte. Als erklärtes Ziel soll die FDP Baselland Sitzgewinne bei den Landratsmandaten verzeichnen. Um dies zu erreichen, braucht es einerseits ein schlagkräftiges Wahlkampfteam unter kompetenter Führung und andererseits Themen, die nicht bloss mit Ankündigungen, sondern mit Taten untermauert werden.

Es ist mir eine grosse Freude, dass es der Parteileitung gelungen ist, unser verdientes und überall geschätztes Parteileitungsmitglied Hanspeter Frey, den Vizepräsidenten der FDP Baselland, als Wahl-



kampfleiter zu gewinnen. Wie kein anderer kennt Hanspeter unsere Partei in- und auswendig. Als langjähriger Landrat und auch in der Funktion als Landratspräsident weiss er, wie ein solches Gremium geführt werden muss und was es braucht, um ein solches Unterfangen erfolgsbringend zu gestalten. Der Parteirat hat an seiner letzten Versammlung Hanspeter Frey mit grossem Applaus zum Wahlkampfpräsidenten gekürt und die Zusammensetzung seines Wahlkampfteams wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Bereits an dieser Stelle danke ich Hanspeter für sein Engagement. Ich bin mir sicher, dass er die Unterstützung der Basis genießt, um dieses Unterfangen anzugehen.

Die Fraktion ist jetzt gefordert, unsere Themenschwerpunkte mit guten Vorstössen zu unterstützen und öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und den Partiegremien ist dabei von grossem Wert.

In den nächsten Monaten werden wir auf verschiedensten Ebenen und in diversen Gremien den Wahlkampf vorspüren. Ich bin überzeugt, dass die FDP den Turnaround im Februar 2015 schaffen wird und wieder einen Zugewinn an Landratsmandaten verzeichnen kann.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen motivierten, engagierten Frühling.

Freisinnige Grüsse

**Christine Frey,
Präsidentin FDP Baselland**

Editorial von Rolf Richterich

Informationen aus dem Landrat

Die Landratswahlen vom 8. Februar 2015 beginnen bereits zehn Monate vor dem Wahlgang die politische Arbeit zu prägen.

Zu Legislaturbeginn hatte ich das Fraktionspräsidium mit dem Anspruch übernommen, bei den Wahlen 2015 zu reüssieren und wieder in alter Stärke im Landrat vertreten zu sein. Mit der aktuellen Grösse haben wir beträchtlich an Einfluss verloren. So haben wir in den Kommissionen einen Sitz verloren und sind in den grossen 13er-Kommissionen nur noch mit zwei Mitgliedern vertreten. Zudem haben wir ein Kommissionspräsidium verloren und präsidieren aktuell nur noch die Justiz- und Sicherheitskommission.

Die Landratsfraktion kompensiert die numerischen Nachteile mit einem

verstärkten Einsatz in der Fraktions- und Parlamentsarbeit: Die gleiche Arbeitslast muss auf weniger Schultern verteilt werden. Ich winde der Fraktion ein grosses Kränzchen. Mit gesteigerter Qualität spielen wir im Landrat eine prägende Rolle. Die gehaltvollen Voten der Fraktionsmitglieder geniessen viel Aufmerksamkeit.

Bei den Abstimmungen nützt uns die Qualität leider nichts mehr. So hatten wir früher beispielweise die Möglichkeit, mit einer geschlossenen Ablehnung eines Gesetzes eine obligatorische Volksabstimmung zu erzwingen.



Wir nehmen mit klaren politischen Forderungen Anlauf für den Wahlkampf und fordern alle Freisinnigen zur aktiven Mithilfe auf, zum Beispiel mit einem Feedback zu einer Medienmitteilung oder einer angelegten Diskussion an einem Anlass. Wir freuen uns auf Ihren Input!

**Rolf Richterich,
FDP Laufen**

Wir respektieren den Volkswillen – auch bei der Ausschaffungsinitiative

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin, Thürnen

Ende November 2010 haben Volk und Stände der sogenannten Ausschaffungsinitiative der SVP zugestimmt. Dieses Volksbegehren verlangt, dass Ausländer, die für bestimmte Delikte rechtskräftig verurteilt worden sind, automatisch und ohne Prüfung des Einzelfalls umgehend ausgewiesen werden sollen.

Volk und Stände haben gleichzeitig einen Gegenvorschlag des Parlamentes, der ebendiese Einzelfallprüfung und auch eine Berücksichtigung des Strafmasses vorgesehen hätte, abgelehnt. Zur Absicherung und um eine strikte Umsetzung des Volksbegehrens zu erreichen, haben die Initianten inzwischen eine «Durchsetzungsinitiative» lanciert und eingereicht. Damit wollen sie den von ihnen formulierten, in der Ausschaffungsinitiative aufgestellten Delikt katalog und den darin geforderten Automatismus di-

rekt in der Bundesverfassung festschreiben.

In der letzten Woche der vergangenen Frühlingssession hat nun der Nationalrat diese «Durchsetzungsinitiative» als Erstrat behandelt. Für die Fraktion der FDP.Die Liberalen war dabei eines von Anfang an klar: Wir respektieren den Volkswillen, und wir wollen, dass der Volkswille rasch umgesetzt wird. Aus diesem Grunde haben wir uns mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die Forderungen dieser «Durchsetzungsinitiative» weitgehend in das Ausführungsgesetz zur Ausschaffungsinitiative übernommen werden. Dieses Vorgehen liegt in der Konsequenz unserer bisherigen Politik: Die FDP setzt sich für eine harte, aber



Daniela Schneeberger

faire Migrationspolitik ein. Wie gesagt: Dabei soll der Volkswille nicht nur respektiert, sondern auch umgesetzt werden.

So sollen Wiederholungstäter bereits bei leichteren Delikten wie einfacher Körperverletzung oder Einbruchdiebstahl ausgeschafft werden können. In diesem Sinne wird auch der Missbrauch von Sozialhilfe und Sozialversicherungen in den Delikt katalog aufgenommen. Die Ratsmehrheit hat es hingegen abgelehnt, die Definition des zwingenden Völkerrechts, wie sie von der Durchsetzungsinitiative gefordert wird, zu übernehmen. Die Initiative anerkennt «ausschliesslich das Verbot der Folter, des Völkermords, des Angriffskrieges, der Sklaverei sowie das Verbot

der Rückschiebung in einen Staat, in dem Tod oder Folter drohen» als zwingendes Völkerrecht. Die Ratsmehrheit war der Meinung, dass es einem einzelnen Staat schlicht nicht zustehe, den Umfang des zwingenden Völkerrechts für sich zu definieren. Aus diesem Grunde wurde die Initiative in diesen Teilen für ungültig erklärt. Gesamthaft lehnt der Nationalrat die «Durchsetzungsinitiative» ab, weil einer raschen Ausführungsgesetzgebung im Interesse des Volkswillens ganz klar der Vorzug zu geben ist.

Der Ständerat wird sich nun als Zweitrat mit dem Volksbegehren auseinandersetzen. Es bleibt zu hoffen, dass er sich dem Nationalrat anschliesst. Dadurch wäre der Weg frei, damit die SVP sinnvollerweise die «Durchsetzungsinitiative» zurückziehen und im Besonderen eine zügige Umsetzung der Ausschaffungsinitiative stattfinden könnte. Wir Freisinnigen werden uns auf alle Fälle weiter konsequent für diesen Weg einsetzen.

Die FDP am Tag der Frau an der MUBA

«Frau und /in Medien – eine Betrachtung aus unterschiedlichen Blickwinkeln»: Unter diesem Titel stand der diesjährige Tag der Frau an der Muba, der am 15. Februar sein 40-jähriges Bestehen feierte. Mit von der Partie war auch die FDP Baselland. Die Partei nahm am Markt der Unternehmerinnen teil, der traditionell einen festen Bestandteil des Tags der Frau darstellt. Auf dieser Plattform für Austausch und Vernetzung konnten die Besucherinnen und Besucher die FDP Baselland näher kennenlernen, politische Ansichten vertiefen und Kontakte knüpfen. Das Angebot wurde reichlich genutzt, am Stand herrschte emsiger Betrieb, und es kam zu interessanten Diskussionen zwischen den Besucherinnen und Besuchern und den FDP-Exponentinnen.



Von links: Stephanie Eymann, Astrid Marty und Carmen Meyer.

FDP Baselland: Industriestrasse 7 in Liestal

Die Geschäftsstelle hat gezügelt

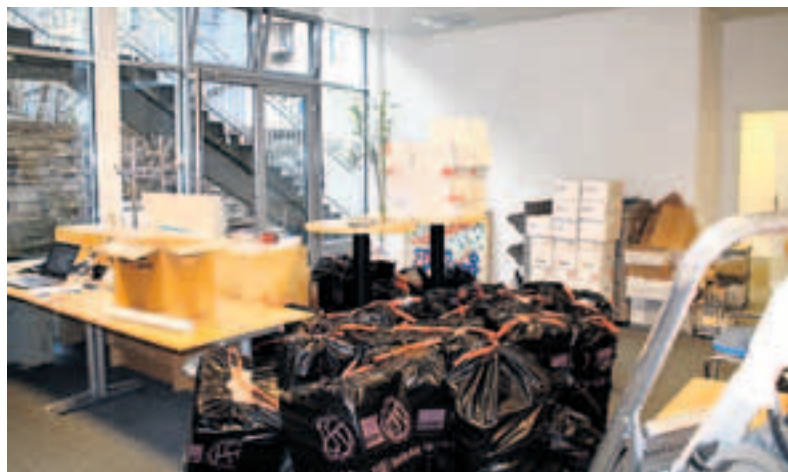
«Das Leben gehört dem Lebendigen an, und wer lebt, muss auf Wechsel gefasst sein.» Dieses Zitat stammt vom grossen deutschen Dichter und Denker Johann Wolfgang von Goethe. Es beschreibt gut die Stimmung beim Umzug der Geschäftsstelle der FDP Baselland. Wie immer bei einem Domizilwechsel ging es um eine Standortbestimmung, und das im wortwörtlichen Sinn. Soll ich das jetzt wegwerfen? Oder doch behalten? Wegwerfen? Behalten? Diese Fragen mussten etliche Male beantwortet werden, als wir die Geschäftsstelle zügelten. Viele Ordner, die sich seit Jahren angesammelt haben, mussten durchgesehen werden. Es galt zu entscheiden, welche Unterlagen in welcher Art und Weise archiviert werden sollen – und von welchen sich die Partei trennen kann.

Dass es immer sinnvoll ist, solche Entscheide nicht alleine zu treffen, zeigte sich am Samstag vor dem Zügeltermin, an dem einige Mitglieder der Parteileitung tatkräftig mithalfen,



unsere Unterlagen zu sichten und einzupacken – und eben veraltetes oder mehrfach vorhandenes Material zu entsorgen. Die wichtigsten zeithistorischen Dokumente wurden in Schachteln verpackt. Sie werden demnächst ins Staatsarchiv gebracht und dort archiviert.

Am Montag, 27. Januar 2014, war es dann so weit. Mit der Unterstützung



von Parteimitgliedern und zwei jungen Praktikanten wurde alles an einem Tag an unseren neuen Ort gezügelt. Nach drei Fahrten und einigen Stunden harter Arbeit war es dann geschafft.

Den Dienstag setzten wir dafür ein, das Büro so einzurichten, dass wieder gearbeitet werden konnte. Immerhin galt es auch, Computer, Fax und Tele-

fon wieder in Gang zu bringen – was ebenfalls ohne grössere Nebengeräusche gelang. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Helferinnen und Helfer, die in irgendeiner Form dazu beigetragen haben, dass wir den Umzug derart reibungslos geschafft haben. Nun ist die FDP Baselland also neu erreichbar an der Industriestrasse 7 in Liestal.

Starkes Podium der FDP Binningen

Wie kann der Verkehrskollaps in der Region verhindert werden? Welche Infrastrukturmassnahmen versprechen diesbezüglich langfristig zielführende Lösungen? Wie geht es weiter mit grossen Projekten, die teilweise angedacht, teilweise in der Vernehmlassung und teilweise schon beschlossen sind? Und kommt das Leimental bei all den vorgesehenen Massnahmen allenfalls zu kurz? Um diese Fragen drehte sich das gut besuchte Podium der FDP Binningen vom Mittwochabend, 2. April.

Neben FDP-Mitgliedern aus dem ganzen Baselbiet wohnten auch zahlreiche am Thema interessierte Gäste der spannenden Diskussion im Binninger Kronenmattsaal bei. Nach einer Einführung in das komplexe Thema durch den Baselder Kantonsingenieur Oliver Jacobi kreuzten die illustren Podiumsteilnehmerinnen



Von links: Andreas Dürr, Christophe Haller, Sabine Pegoraro, Dieter Kohler, Pia Fankhauser, Christian Pestalozzi.

und -teilnehmer die Klingen. So diskutierte die Baselder Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro (FDP, Pfeffingen) mit Landrätin und SP-Baselland-Präsidentin Pia Fankhauser aus Oberwil und dem Basler FDP-Grossrat und Präsidenten des TCS beider Basel, Christophe Haller.

Ebenfalls auf dem Podium sass Andreas Dürr (Biel-Benken), FDP-Landrat und Vizepräsident des ACS beider Basel sowie Beirat bei der BLT, und der Oberwiler Gemeinderat Christian Pestalozzi (Neue Liste Oberwil), Mitglied der Verkehrskommission Leimental und BLT-Verwaltungsrat.

Nach der intensiven Diskussion, bei der sich auch das Publikum mit Fragen einbringen konnte, offerierte die FDP Binningen für alle einen Apéro. Dabei nutzten viele Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und das Thema im direkten Gespräch noch zu vertiefen.

Terminkalender

Anlässe in den Sektionen

Wie immer an dieser Stelle finden Sie die Anlässe unserer Sektionen. Bitte melden Sie uns Ihre Sektionsanlässe unter info@fdp-bl.ch.

	Aesch
2. 6. 2014	19.30 Uhr Mitgliederversammlung
29. 8. 2014	Klustreffen
	Arlesheim
10. 5. 2014	Frühlingsmarkt
16. 6. 2014	Mitgliederversammlung
	Binningen
10. 5. 2014	Binniger Märt
	Birsfelden
18. 7. 2014	19.00 Uhr Sommerhock
	Bubendorf
16. 5. 2014	19.15 Uhr Mitgliederversammlung
16. 8. 2014	19.30 Uhr Open-air-Kino
	Gelterkinden
30. 4. 2014	Jahresversammlung
4. 6. 2014	Besuch Bundeshaus (prov.)
	Mutzens
20. 5. 2014	Generalversammlung/Stammtisch
	Peffingen
16. 5. 2014	18.00 Uhr Besichtigung Hardwasser
11. 6. 2014	20.00 Uhr Mitgliederversammlung
29. 8. 2014	Klustreffen
	Reinach
29. 8. 2014	Klustreffen
	Therwil
10. 6. 2014	Generalversammlung
22. 8. 2014	Dorffest: Eröffnung Dorfplatz

Sänger Baschi und Christine Mangold in Sissach

Musik am chill & talk

«Hinter chill&talk stehen viele FDP-Exponenten, auch wenn dies keine parteipolitische Veranstaltung ist», sagte Saskia Schenker, die neue Präsidentin der FDP Sissach und Umgebung, zu Beginn des diesjährigen chill & talk, einer ausserordentlich gelungenen Ver-



Baschi und Christine Mangold

anstaltung am 22. März im Eventsaal Studio Aktiv in Sissach. Dass die rund 70 anwesenden Gäste, unter ihnen auch Christine Frey, Parteipräsidentin der FDP Baselland, doch noch in den Genuss einer – zumindest ein wenig – politischen Veranstaltung kamen, lag nicht zuletzt an FDP-Landrätin Christine Mangold, Gemeindepräsidentin von Gelterkinden.

Für sie sei es oftmals spannend zu sehen, wie man als Gemeinderätin «ausbaden muss, was der Landrat beschliesst». Auf entsprechende Fragen von Moderatorin Adriana Linsalata lobte Mangold das System der direkten Demokratie. «Es ist sehr gut, wenn sich die Menschen einbringen – die Politiker sollten sich nicht ärgern, wenn das geschieht», sagte sie mit einem Schmunzeln. Auch in Bezug auf die vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiative äusserte sich Mangold dezidiert: «Wir haben die Gesetze, um die Missbräuche zu bekämpfen, beispielsweise im Bereich Sozialhilfe. Leider sind sie bisher aber nicht konsequent angewendet worden.»

Der fussballverrückte Sänger und Neffe von Christine Mangold, Sebastian «Baschi» Bürgin («chum bring en hei»), räumte ein, dass er zwar nicht am Urnengang teilgenommen habe. Er zeigte aber viel Verständnis für das Ja des Stimmvolks zu Masseneinwanderungsinitiative. Dieses sei aus seiner Sicht aber nicht etwa als ein Zeichen von Abschottung oder gar Fremdenfeindlichkeit zu verstehen, sondern

viel mehr als ein Fingerzeig an die Verantwortlichen, dass es langfristig nicht so weitergehe wie bis anhin.

Sowohl bei Mangold als auch bei Baschi wurde klar, dass in beider Leben die Familie zentral ist. «Ehrlich gesagt finde ich: Wir sehen uns als Familie viel zu wenig», so Baschi. Christine Mangold widersprach nicht. Im Gegenteil. Überhaupt zeigte sich auch im anschliessenden sogenannten «Harmoniequiz», dass sich Tante und Neffe sehr gut verstehen, mussten sie doch zu so persönlichen Fragen Stellung nehmen wie «wer ist launischer» oder «wer ist geduldiger». Das Resultat nach zehn mehr oder minder heiklen Fragen: 60 Prozent Übereinstimmung, bzw. Harmonie. Dafür gab es vom Publikum einen grossen Applaus, genauso wie für den Song, den Baschi zum Schluss des Talks mit Gitarrenbegleitung vortrug – unplugged, also ohne Netz und doppelten Boden.

Nach dem Talk-Teil hatten die Gäste die Gelegenheit, mit Künstler und Politikerin direkt zu sprechen und vor allem auch anzustossen. Dies nutzten die Anwesenden beim Apéro auch ausgiebig. Schliesslich heisst die Veranstaltung chill & talk. Und so neigte sich ein ausgesprochen gemütlicher Abend dem Ende zu, und die Besucherinnen und Besucher dürfen sich bereits jetzt auf die nächste Ausgabe des chill & talk im Jahr 2015 freuen. Wer dann die Gäste sein werden, will FDP-Sissach-Präsidentin Saskia Schenker noch nicht verraten. «Lassen Sie sich überraschen.»

Und à propos ...

Good news is no news ...

Die alte, zwar etwas abgewetzte, aber immer noch zutreffende Journalistenweisheit findet ihre Bestätigung auch wieder im Vorfeld der «Gripen»-Abstimmung. Welch grosse Fortschritte der Flugzeugtyp seit dem vor vielen Jahren eingeläuteten Evaluationsbeginn in technischer, militärischer, aber auch kommerzieller Hinsicht erfolgreich hinter sich gebracht hat, weiss nur, wer sich aus einzelnen Medienberichten und vor allem aus der Fachliteratur selber ein Gesamtbild macht. Weil dies für Journaillen (Goethe) jedoch «good news» und somit «no news» wären, spekulieren die Medien viel lieber mit einer von ihnen erfundenen und verbreiteten Einflussnahme des Herstellers auf den Abstimmungsprozess und versuchen so, wenigstens diesbezüglich einen handfesten Skandal herbeizuschwatzen. Wer allerdings die Rüstungsbranche auch nur ein bisschen kennt, weiss, dass Saab und der Staat Schweden im Bereich des Politmarketings für ihre Rüstungsprodukte nicht gerade Spitze sind und

im Unterschied zu gewissen Konkurrenten geradezu vorbildliche Zurückhaltung üben. In Frankreich etwa herrschen da ganz andere Sitten, reist doch von dort in solchen Fällen der Staatspräsident als «premier commis-voyageur de la nation» persönlich an, wenn nötig sogar mehrmals ...

Sie predigen Wasser und trinken Wein ...

Wenn reiche Baselbieter Gemeinden sozusagen händeringend die schwere Last des Finanzausgleichs bejammern und eine Minderung dieses Solidaritätsbeitrags an die ärmeren Kommunen verlangen, ist dies an sich ja verständlich. Ebenso kann man es eigentlich noch verstehen, wenn die gleichen Gemeinden eine massive Entlastung bezüglich der von ihnen geschuldeten Beiträge an die Sanierung der kantonalen Pensionskasse (BLKB) und deren Überwälzung an den Kanton verlangen. Der Schönheitsfehler bei dieser ganzen Angelegenheit liegt einzig darin, dass die gut betuchten Gemeinden beides gleichzeitig getan haben.

So wird man einfach den Verdacht nicht los, mit der Forderung, dass die Ärmeren mehr von ihren eigenen Lasten tragen sollten, würden besagte Reichere Wasser predigen und mit ihrem Begehren nach Übernahme der Beiträge an die BLKB-Sanierung durch den Kanton Wein trinken wollen ...

Wie weiter nach den Abstimmungen?

Wenn wir über die Fusionsinitiative und jene über eine bessere Zusammenarbeit der beiden Kantone Baselland und Basel-Stadt abstimmen, werden wir einzig und allein relativ genau wissen, wie das rechtliche Vorgehen nach einer allfälligen Annahme der Fusionsinitiative aussehen soll: Es wird für eine mögliche Fusion einen Verfassungsrat geben, der auch die wesentlichen Grundzüge der zu erlassenden Gesetze beschliessen soll. Die Juristen haben also für ihren Teil ihre Pflicht getan.

Was dagegen vollständig fehlt, sind Angaben darüber, was das Ganze

eigentlich soll: Welche materiellen Ziele strebt man konkret mit einer allfälligen Fusion bzw. einer besseren Zusammenarbeit an, und wie können solche Ziele erreicht werden? Sollte eine der beiden Initiativen wirklich angenommen werden, müssen wohl die Regierungen der beiden Kantone – wer sonst? – gemeinsam in einem ersten Schritt eine auf Baselland und Basel-Stadt passende Strukturanalyse samt Handlungsempfehlungen und Folgeabschätzungen in Auftrag geben und dafür die Ziele und Rahmenbedingungen festlegen. Erst wenn dann dereinst die entsprechenden Ergebnisse vorliegen werden, können je nach gutgeheissener Initiative entweder der Verfassungsrat oder die kantonalen Parlamente entscheiden, was zu tun sein wird. Es dürfte also noch etwas dauern ...

Sicherheit zuerst!

am 18. Mai
gripen-ja.ch



zum Gripen